

Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, von einer Vereinbarung mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Modalitäten einer Beteiligung bundesdeutscher Firmen an Forschungen im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Abstand zu nehmen und keine entsprechenden Verhandlungen aufzunehmen.

Die Bundesregierung soll dafür Sorge tragen, daß der amerikanischen und japanischen Herausforderung im Bereich der Hochtechnologie und Raumfahrt durch eigenständige zivile Technologieprogramme der Westeuropäer (vor allem EUREKA) begegnet wird.

Die Bundesregierung soll gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten allgemein sicherstellen, daß der freie Wissenschaftsaustausch und Technologietransfer zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa nicht durch ständig wachsende amerikanische Beschränkungen gefährdet wird.

Bonn, den 4. Dezember 1985

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

1. Eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über eine Beteiligung bundesdeutscher Firmen am SDI-Programm würde unabhängig von ihrem Inhalt als politische Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für das SDI-Programm gewertet werden. Dadurch würde die Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich für ein politisch, militärisch und rüstungskontrollpolitisch fragwürdiges Programm, das sich nachteilig auf die Ost/West-Beziehungen und auch auf die Glaubwürdigkeit von Strategie und Abrüstungspolitik des westlichen Bündnisses auswirken würde.

Die Bundesregierung soll auf die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika einwirken, durch ein Rüstungskontrollabkommen die Entwicklung, Aufstellung und Betreibung von Weltraumwaffensystemen beiderseitig auszuschließen.

2. Der etwaige Nutzen einer Beteiligung bundesdeutscher Firmen am SDI-Programm rechtfertigt nicht die politischen Nachteile einer Regierungsvereinbarung. Der Nutzen darf im übrigen sowohl vom finanziellen Umfang wie vom möglichen technologischen Spin-off her gesehen nicht überschätzt werden. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß eine breite Beteiligung am SDI-Programm zu einer Militarisierung der Grundlagenforschung führen würde.

Das Problem der ständig wachsenden Beschränkung des Wissenschaftsaustausches und des Technologietransfers von den Vereinigten Staaten von Amerika nach Westeuropa durch scharfe amerikanische Export-, Transfer-, Verwertungs- und Geheimhaltungsbestimmungen muß grundsätzlich angegangen werden. Durch eine punktuelle SDI-Vereinbarung kann es am wenigsten gelöst werden.

3. Statt einer Beteiligung an SDI können die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa der technologischen Herausforderung durch die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan dadurch wirksam begegnen, daß sie selbst die Grundlagenforschung und die angewandte Industrieforschung im Rahmen ziviler Technologieprogramme fördern. In diesem Zusammenhang ist besonders das EUREKA-Programm zu nennen.